

# *Für eine wehrhafte Außenwirtschaftspolitik*

**D**em deutschen exportorientierten Wirtschaftsmodell steht eine gewaltige Attacke bevor. Deutschland gerät in die Zange zwischen hartem amerikanischem Protektionismus und aggressiver chinesischer Industriepolitik. Die amerikanische Regierung steht kurz vor der Verhängung schmerzhafter Sanktionen gegen maßgebliche deutsche Exportgüter wie etwa Automobile. Die Industriepolitik Chinas zielt auf die Akquisition wichtiger Industrietechnologien und mittelfristig auf die Ersetzung bisheriger ausländischer Technologieführer in Automobil-, Maschinenbau- und Chemieindustrie.

Aufgrund ihrer Marktgröße verfügen die Vereinigten Staaten und China über die Hebel, drastische Einbrüche in Deutschlands Exportwirtschaft hervorzurufen. Unilaterale Maßnahmen der Vereinigten Staaten und Chinas werden sich weder von Berlin noch von Brüssel verhindern lassen. Was für Möglichkeiten aber gibt es für die Bundesregierung im europäischen Kontext, der chinesischem-amerikanischen Zange entgegenzuwirken und die Verwundbarkeit der eigenen Exportwirtschaft zu reduzieren?

Erstens müssen europäische Wachstumskräfte gestärkt werden, um die deutsche Abhängigkeit von Exporten nach China und Amerika zu reduzieren. Alle Länder der Eurozone außer Frankreich, Finnland, Zypern und Belgien haben einen Leistungsbilanzüberschuss. Die Eurozone insgesamt weist einen Überschuss von etwa drei Prozent des BIP aus. Deutschlands Überschuss beträgt sogar fast acht Prozent des BIP. Diese außenwirtschaftlichen Überschüs-

se sind nicht mehr praktikabel in einer Welt, in der der amerikanische Präsident einen Handelskrieg vorbereitet und die Welthandelsorganisation die Regeln für offene Märkte in maßgeblichen Ökonomien nicht mehr durchsetzen kann.

Zweitens braucht Deutschland eine ambitioniertere Digitalpolitik, um die Zukunft technologischen Wandels nicht anderen zu überlassen. Amerikanische und chinesische IT-Konzerne sind im Begriff, die Weltmärkte unter sich aufzuteilen. Sie setzen dabei internationale technologische Standards, die mit gewaltigen Lizenzeinnahmen in Zukunft verbunden sein werden. Und sie preschen entschlossen in die Metatechnologie der nahen Zukunft, die Künstliche Intelligenz, vor. Deutsche und Europäer haben in der Digitalwirtschaft sträflich wenig zu bieten. Der digitale Binnenmarkt in der EU kommt nicht voran. Bereits von 2019 an werden die Versäumnisse in der Innovationspolitik den Europäern in ihren Telekommunikationsnetzen schmerzhaft bewusst werden, wenn etwa die chinesische Firma Huawei beginnt, 5G-Mobilfunk-Technologien in Europa zu installieren, die Voraussetzung für vernetzte Industrieproduktion und autonomes Fahren sein werden.

Eine ehrgeizigere und aktivere digitale Innovationspolitik muss auch die Förderung von europäischen „Infant Industries“ einschließen, etwa durch die Entwicklung von größeren Venture-Capital-Märkten. Mit Blick auf kritische Infrastrukturen darf auch eine gezielte Förderung von zurzeit geschwächten eu-

ropäischen 5G-Entwicklern wie etwa Nokia oder Ericsson nicht tabu sein. Sollten europäische Unternehmen von den Märkten für Halbleiter und Mobilfunknetze ganz verschwinden, werden Abhängigkeiten von amerikanischen und chinesischen Technologiegebern entstehen. Dies ginge nicht nur mit erheblichen Sicherheitsrisiken einher, sondern würde die europäischen Innovationskapazitäten dauerhaft minimieren.

Allein auf die Kraft von firmen- und marktgetriebener „Innovation von unten“ zu vertrauen wird nicht ausreichen, um dem Ansturm amerikanischer und chinesischer Innovationen zu begegnen. Die digitale Transformation erfordert neue Infrastrukturen, Fördermaßnahmen und Bildungsangebote sowie ständig angepasste Marktregeln, die nicht Unternehmen, sondern Regierungen und Parlamente bereitstellen müssen. Eine substantielle Stärkung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung im europäischen und deutschen Haushalt ist nur ein erster notwendiger Schritt.

Drittens sollte Deutschland sich in Europa für eine wehrhafte Außenwirtschaftspolitik einsetzen. Hier geht es zum einen darum, sicherheitspolitische Interessen bei ausländischen Investitionen und Akquisitionen angemessen zu prüfen und durch eine gesamteuropäische Koordinationsstelle zu flankieren. Zum anderen geht es darum, strategische Technologien vor Übernahmen mittels marktmanipulierender Praktiken zu schützen. Für diese Aufgabe sollten die Kompetenzen der EU-Generaldirektion Wettbewerb gestärkt werden. Denn es ist völlig inakzeptabel, dass aus-

ländische Platzhirsche, die mit staatlichen Sonderfinanzierungen aus abgeschotteten heimischen Märkten heraus agieren, europäische Unternehmen vom europäischen Markt vertreiben können.

Deutschland muss sich noch deutlicher als bisher für die Sicherung offener Märkte und fairer Handelspraktiken einsetzen, ohne die europäischen Institutionen durch nationale Alleingänge zu schwächen. Die europäische Handelskommissarin Cecilia Malmström leistet sehr gute Arbeit nicht nur in ihren Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten und China, sondern auch im Aufbau neuer strategischer Handelsbeziehungen etwa mit dem lateinamerikanischen Mercosur oder durch den Freihandelsvertrag mit Japan. Europa sollte weitere Partnerschaften aufbauen und zugleich seine handelspolitischen Instrumente schärfen, um im Konfliktfall wehrhaft zu sein und europäische Interessen wirkungsvoller vertreten zu können.

Deutschland wird sich einer wirtschaftspolitischen Kurskorrektur aufgrund des drastisch zunehmenden Drucks aus den Vereinigten Staaten und China nicht länger entziehen können. Der neuen Bundesregierung fällt die Aufgabe zu, in enger Abstimmung mit europäischen Institutionen und Partnern eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die heimische Industrien vor unfairer Wettbewerb schützt und zugleich neue europäische Wachstumskräfte freisetzt.

**Sebastian Heilmann** ist Direktor des China-Forschungsinstituts MERICS in Berlin.

**Guntram B. Wolff** ist Direktor des wirtschaftswissenschaftlichen Instituts BRUEGEL in Brüssel.